

DGAPanalyse

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)

Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.

Juni 2010 N° 1

Demokratische Reife im Schatten der Tragödie

Der Präsidentschaftswahlkampf
in Polen in der Verlängerung

von Stephen Bastos



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Zusammenfassung

Demokratische Reife im Schatten der Tragödie

Der Präsidentschaftswahlkampf in Polen in der Verlängerung

von Stephen Bastos

Überschattet vom Absturz der Präsidentenmaschine in Smolensk und von massiven Überflutungen in weiten Teilen des Landes waren am 20. Juni 2010 die Polen aufgerufen, ihren Präsidenten zu wählen. Der Präsidentschaftskandidat der liberal-konservativen und proeuropäischen Regierungspartei »Bürgerplattform«, Bronisław Komorowski, konnte die erste Wahlrunde für sich entscheiden. Allerdings verfehlte er mit 41,5% die erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen und muss nun am 4. Juli gegen den Vorsitzenden der nationalkonservativen Oppositionspartei »Recht und Gerechtigkeit«, Jarosław Kaczyński, in die Stichwahl gehen. Kaczyński liegt mit 36,5% nur knapp hinter Komorowski, der noch vor wenigen Wochen in den Umfragen als sicherer Kandidat für das Präsidentenamt gegolten hatte.

Nun ist das Rennen wieder offen. Komorowski geht allerdings als Favorit in die zweite Runde, denn zwei entscheidende Faktoren sprechen für ihn. Erstens dürfte der überraschend knappe Ausgang der ersten Wahlrunde die zweite Runde wieder zu einer Anti-Kaczyński-Wahl werden lassen und sollte es Komorowski ermöglichen, seine Anhängerschaft entsprechend zu mobilisieren. Zweitens sollte es für Komorowski leichter sein, die Mehrheit der Stimmen von Grzegorz Napieralski, dem 36-jährigen Kandidaten der Linken, zu bekommen. Napieralski ist mit seinen 13,7% der Überraschungsgewinner der ersten Runde. Ihm fällt nun die Rolle des Königmachers zu.

Die Niederlage radikaler populistischer Kräfte, die Konzentration der maßgeblichen Kandidaten auf ein wachsendes Wählerpotenzial in der politischen Mitte und ein erstaunlich zivilisierter Wahlkampf sprechen bereits jetzt für eine gelungene Bewährungsprobe der polnischen Demokratie.

Summary

Democratic Maturity in the Shadow of Tragedy

The Polish Presidential Election Campaign in Extra Time

by Stephen Bastos

Overshadowed by the crash of the presidential plane in Smolensk and by massive floods all across the country Poles were called to vote on their President on June 20, 2010.

The presidential candidate of the liberal-conservative and pro-European government party »Civic Platform«, Bronisław Komorowski, won the first round. But with 41,5% of the votes he failed to reach the necessary absolute majority. He will have to face a run-off with the leader of the national-conservative opposition »Law and Justice« party, Jarosław Kaczyński, on July 4. Kaczyński emerged with 36,5% just five points behind Komorowski, who just weeks ago in several polls seemed well ahead.

Now the campaign is open again. But Komorowski should still win the run-off on July 4, because two decisive factors should be in his favour. Firstly, the surprisingly narrow result of the first round is likely to turn the run-off into an anti-Kaczyński vote again. This should make it easier for Komorowski to mobilize its electorate. Secondly it should be easier for Komorowski to sweep up most of the votes which in the first round went for Grzegorz Napieralski, the 36 year's old candidate of the left. Napieralski emerged with 13,7% as the surprise winner of the first round and acts now as a king maker.

The defeat of radical populist forces, the focus of all major candidates on the political centre and a remarkably civilized election campaign, speak already now for a successful test of Polish democracy.

Inhalt

Ausgangslage und Rahmenbedingungen der Wahl	5
Die Kandidaten	6
Analyse der ersten Wahlrunde	8
Ausblick und Szenarien	9
Anmerkungen	11

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Demokratische Reife im Schatten der Tragödie

Der Präsidentschaftswahlkampf in Polen in der Verlängerung

von Stephen Bastos

Ausgangslage und Rahmenbedingungen der Wahl

In Polen geht ein in jeder Hinsicht außergewöhnlicher Präsidentschaftswahlkampf in die zweite Runde. Noch Anfang des Jahres schien die Präsidentschaftswahl fast schon entschieden. Die meisten Beobachter rechneten damit, dass der populäre Premierminister und Vorsitzende der Bürgerplattform (PO), Donald Tusk, den unbeliebten Präsidenten Lech Kaczyński bei den ursprünglich im Herbst 2010 anstehenden Präsidentschaftswahlen aus dem Amt zwingen würde.¹ Schließlich hatte Tusk seit seinem überzeugenden Sieg bei den Parlamentswahlen 2007 systematisch auf die Übernahme des Präsidentenamtes hingearbeitet. Ende Januar 2010 entschied sich Tusk für viele überraschend gegen eine Kandidatur und für einen Verbleib in der Regierung und setzte damit ein politisches Signal, das den parlamentarischen Charakter des politischen Systems in Polen unterstrich.

Es folgte eine Premiere in der polnischen Politik. Angelehnt an das US-amerikanische Modell der »Primaries« kam es Ende März zu einer offenen Vorwahl auf Seiten der PO, bei der die rund 45 000 PO-Mitglieder Bronisław Komorowski mit 68,5% der Stimmen als ihren Kandidaten ins Rennen um das höchste Staatsamt entsandten. Sein innerparteilicher Konkurrent, der 47-jährige weltläufige und scharfzüngige Außenminister Polens, Radosław Sikorski erreichte dagegen nur 31,5%. Die geschickt medial inszenierte Vorwahl schien das positive Bild der PO und damit die Chancen für Komorowski weiter zu festigen. Zwischenzeitlich spekulierte man sogar über einen vorzeitigen

Verzicht Lech Kaczyńskis auf eine zweite Amtszeit angesichts der verheerenden Umfrageergebnisse.

Die Flugzeugkatastrophe vom 10. April in der Nähe des russischen Smolensks, bei der neben Präsident Kaczyński und seiner Frau weitere 94 Mitglieder der politischen, militärischen und religiösen Elite des Landes auf tragische Weise ihr Leben verloren, setzte nicht nur ein ganzes Land unter Schock, sondern veränderte auch nachhaltig die politischen Rahmenbedingungen für die Präsidentschaftswahlen. Die Tatsache, dass der Unfall beim Landeanflug in Smolensk zu einer Gedenkfeierlichkeit zum 70. Jahrestag des Massakers von Katyn geschah, gab der Tragödie ihre besondere Qualität und rief die Erinnerung an den polnischen Opfermythos wieder in Erinnerung. In Katyn wurden 1940 mehr als 20 000 Offiziere und andere Mitglieder der polnischen Elite vom sowjetischen NKWD ermordet. Katyn gilt bis heute als eines der zentralen historischen Traumata Polens. Auch das Bild von Lech Kaczyński und seiner Präsidentschaft erschien nach seinem tragischen Tod in einem völlig neuen Licht. Auf Entscheidung des Erzbischofs von Krakau, Kardinal Dziwisz, fand Lech Kaczyński als erster Präsident Polens zusammen mit seiner Frau seine letzte Ruhestätte in der Kathedrale des polnischen Königsschlosses in Krakau.

Die Flugzeugkatastrophe bedeutete auch eine ernste Herausforderung für die Handlungsfähigkeit des polnischen Staates, die mit beeindruckender Sicherheit bestanden wurde.² Komorowski übernahm entsprechend der verfassungsrechtlichen Bestimmungen als Parlamentspräsident (Sejm marschall) die Amtsgeschäfte des Präsidenten

und berief vorgezogene Präsidentschaftswahlen zum 20. Juni ein. Dies war der nach der Verfassung letztmögliche Termin. Damit kam Komorowski den Oppositionsparteien »Recht und Gerechtigkeit« (PIS) und der linken SLD entgegen, die beide ihre Präsidentschaftskandidaten bei dem Flugzeugabsturz verloren hatten. Nach einer einwöchigen Staatstrauer erklärte der Zwillingsbruder und enge politische Vertraute des verstorbenen Präsidenten, der Vorsitzende der nationalkonservativen Oppositionspartei PIS, Jarosław Kaczyński, seinen Willen, »die Mission seines Bruders zu vollenden« und als Kandidat für das Amt des Präsidenten anzutreten.

Es folgte die kürzeste und sicher ungewöhnlichste Wahlkampagne, die die junge polnische Republik bislang erlebt hat. Nie zuvor war eine Wahlkampagne stärker von Emotionen geprägt, die praktisch keinerlei Raum für inhaltliche Auseinandersetzungen zuließen. Und obwohl es bei der Wahl von Anfang an auf einen klaren Zweikampf zwischen Komorowski und Kaczyński hinauslief, verlief der Wahlkampf ohne dramatische Polarisierung, geschweige denn persönlichen Beleidigungen. Trotz der emotional aufgewühlten Stimmung erlebte Polen einen bemerkenswert zivilisierten Wahlkampf, der sich auch nach der ersten Runde fortsetzt.

Insbesondere Jarosław Kaczyński, als politischer Hardliner bekannt, änderte seinen konfrontativen Politikstil. Er erklärte den »Krieg Polen gegen Polen« für beendet und rief seine politischen Konkurrenten zu einem offenen Dialog über die Zukunft Polens auf.

Die meistdiskutierte Frage des Wahlkampfes war daher, ob der Wandel Kaczyńskis authentisch oder nur von taktischer Natur sei. Diese eher psychologische Frage verdeckt allerdings einen politisch viel gewichtigeren Aspekt. Vieles spricht dafür, dass Kaczyński erkannt hat, dass er mit seinem bisherigen, offensiv polarisierenden Politikstil kaum Aussicht hat, politische Mehrheiten erfolgreich hinter sich zu vereinen. Wahlen werden mittlerweile auch in Polen in der Mitte entschieden. Diese vermeintliche Binsenweisheit zeigt allerdings, dass sich der Raum für populistische Versuchungen in Polen offenbar nachhaltig verringert hat und die demo-

kratischen Institutionen zunehmend auf einem stabilen Fundament stehen.

Das kann in sofern nicht verwundern, da das Land in den letzten Jahren eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte gezeigt hat. Nach konstant hohen Wachstumsraten seit seinem EU-Beitritt 2004 bewegte sich Polens Wirtschaft im Krisenjahr 2009 mit 1,8% als einzige in der EU weiterhin auf Wachstumskurs.³ Ein großer Binnenmarkt mit 38 Mio. Konsumenten, die ungebrochene Konsumlust der Polen, eine geschickte Abwertung des Złoty als Exportstütze und nicht zuletzt üppige Subventionen aus Brüssel, auf die rund die Hälfte des polnischen Wachstums zurückgeht, haben dafür gesorgt, dass sich das Land wirtschaftlich weiter auf der Überholspur befindet. Als Folge steigen seit Jahren Optimismus und Zukunftsvertrauen in der polnischen Gesellschaft.

Angesichts dieser beeindruckenden Entwicklung verwundert es nicht, dass nach dem tragischen Flugzeugunglück von Smolensk auch eine zweite Katastrophe das Land nicht nachhaltig destabilisieren konnte. Seit Mai haben mehrere Flutwellen weite Teile des Landes unter Wasser gesetzt. 15 Menschen ertranken, Tausende Existenzen wurden vernichtet. Der materielle Schaden beträgt nach vorläufigen Schätzungen umgerechnet ca. 2,5 Mrd. Euro. Spätestens jetzt schien der Wahlkampf buchstäblich ins Wasser zu fallen. Geplante Wahlveranstaltungen wurden kurzfristig in Hilfsaktionen für die Opfer der Flut umgewandelt. Wahlplakate auf den Straßen waren eine Seltenheit. Noch nie war vor einer Präsidentenwahl in Polen so wenig von Wahlkampf zu spüren wie diesmal. Angesichts der nationalen Tragödien standen die Zeichen in Polen auf nationale Einheit und Versöhnung.

Die Kandidaten

Bronisław Komorowski von der liberalkonservativen und proeuropäischen Bürgerplattform (PO) galt von Anfang an als klarer Favorit für die Wahlen. Er ist ein langjähriger politischer Weggefährte und enger Vertraute von Premierminister Donald Tusk. Der gelernte Historiker kommt aus einer alten polnischen Adelsfamilie und war bereits

seit den 70er Jahren in der antikommunistischen Opposition aktiv, nach dem Systemwechsel unter anderem Verteidigungsminister (2000/01). In den 90er Jahren noch Mitglied in der liberalen »Freiheitsunion« (UW), ist er seit 2001 bei der Bürgerplattform und wird dort dem wertkonservativen Flügel zugerechnet. Er hat sich seit Jahren für die Aussöhnung mit Deutschland und für eine europäische Verankerung Polens eingesetzt. Seit den Parlamentswahlen 2007 bekleidet er das in Polen prestigeträchtige Amt des Sejmmarschalls (Parlamentspräsident). In dieser Funktion hat er nach der Flugzeugkatastrophe von Smolensk die Amtsgeschäfte des Präsidenten übernommen. Er gilt als solide, berechenbar und verantwortungsbewusst, blieb aber im Wahlkampf eher blass und konnte bislang nicht den Eindruck vermitteln, dass er über überzeugende Ideen für die Zukunft Polens verfügt. Er präsentierte sich aber als Verfechter einer stärkeren Integration Polens in die EU und plädierte offensiv für einen Beitritt Polens zur Eurozone in den nächsten fünf Jahren. Darüber hinaus versprach er sich für die Förderung der polnischen Zivilgesellschaft einzusetzen. Als kommissarisches Staatsoberhaupt bewies er mehrmals den Willen und die Fähigkeit zu entschiedenem Handeln, indem er unter anderem die Ernennung des früheren linken Premiers und international renommierten Wirtschaftsfachmanns Marek Belka zum Präsidenten der polnischen Nationalbank durchsetzte.

Jarosław Kaczyński von der nationalkonservativen Oppositionspartei »Recht und Gerechtigkeit« (PIS) gilt als sein schärfster Konkurrent. Der Zwillingsbruder des verstorbenen Präsidenten und ehemalige Premier einer nationalpopulistischen Koalition (2006/07) erklärte seine Kandidatur mit folgenden Worten: »Wir sind dies den Opfern von Smolensk schuldig. Das tragische Ende des Präsidenten, der Tod einer polnischen patriotischen Elite heißt für uns nur eines: Wir müssen ihre Mission beenden. Das sind wir ihnen schuldig, das sind wir unserem Vaterland schuldig.« Dies verdeutlichte die Gefahr einer politischen Instrumentalisierung des Unglücks von Smolensk, dem schließlich nicht nur der Präsident und hohe Vertreter der PIS-Partei zum Opfer fielen. Im Wahlkampf war Kaczyński aber fast nicht präsent. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass er sich intensiv um seine todkranke Mutter

kümmert. Trotzdem stiegen seine Umfragewerte kontinuierlich. Vor der Flugzeugkatastrophe war er einer der unbeliebtesten Politiker des Landes. Er gilt als zentraler Architekt der »IV. Republik«, einem Projekt, dass auf eine autoritäre Umwandlung der polnischen Demokratie abzielt und korrupte Netzwerke aus alten Kommunisten, neuen Wirtschaftseliten und Kriminellen bekämpfen sollte. Nach innen war die »IV. Republik« auf einen starken und sozial fürsorglichen Staat ausgerichtet. Nach außen ging es um eine offensive Verteidigung nationaler Interessen, insbesondere gegenüber Deutschland, Russland und der EU. Dieses Projekt endete nach nur zwei affärengeschüttelten und skandalträchtigen Jahren, die viele Kommentatoren von einem permanenten Ausnahmezustand sprechen ließ, mit einem Scheitern der nationalpopulistischen Koalition zwischen Kaczyńskis PIS, der radikalpopulistischen »Selbstverteidigung« von Andrzej Lepper und der rechtsextremistischen »Liga der polnischen Familie« und führte zu einer klaren Niederlage Kaczyńskis im Oktober 2007.⁴ Angesichts dieser Erfahrung und der aktuellen Tragödien änderte Kaczyński seinen konfrontativen Politikstil und präsentiert sich nun als Mann des Ausgleichs und des Kompromisses.

Der erst 36-jährige Vorsitzende des »Bundes der demokratischen Linken« (SLD), Grzegorz Napieralski, wurde von seinem Parteibündnis erst nach dem Flugzeugabsturz von Smolensk nominiert, bei dem auch der ursprüngliche Präsidentschaftskandidat der Linken, Jerzy Szmajdziński, ums Leben gekommen war. Die SLD hat sich von ihrer verheerenden Wahlniederlage 2005 bislang nicht wieder erholt. Die starke Polarisierung zwischen PO und PIS dominiert seitdem die politische Landschaft Polens. Bei den Parlamentswahlen 2007 kam die Linke nicht über 13% hinaus. Für Napieralski ging es daher von Anfang an nicht wirklich um die Präsidentschaft, sondern um seinen persönlichen Führungsanspruch gegenüber seinem eigenen Parteibündnis und um die Stärkung der SLD zwischen PO und PIS mit Blick auf die im nächsten Jahr anstehenden Parlamentswahlen.

Sieben weitere Kandidaten, darunter Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak und der bekannte Bauernführer und stellvertretende Premier unter

Kaczyński, Andrzej Lepper, hatten keinerlei ernstzunehmenden Siegeschancen.

Analyse der ersten Wahlrunde

Die erste Wahlrunde brachte zwar erwartungsgemäß die beiden politischen Schwergewichte Komorowski und Kaczyński nach vorne, allerdings waren viele Beobachter überrascht über den nur knappen Vorsprung von Komorowski. Dieser hat mit 41,5% der Stimmen nur 5% mehr als sein schärfster Konkurrent Kaczyński mit 36,5%. Somit entscheidet sich die polnische Präsidentschaftswahl zum vierten Mal seit 1990 erst in einer Stichwahl am 4. Juli.

Das Rennen erscheint seitdem wieder offen. Insbesondere die Erinnerung an die letzte Präsidentschaftswahl 2005 dient Komorowski und seinen Anhängern als Warnung. Damals verlor Donald Tusk als PO-Kandidat im zweiten Wahlgang relativ klar mit 46% zu 54% gegen seinen Konkurrenten Lech Kaczyński, nachdem er ihn im ersten Wahlgang noch 36,3% zu 33,1% geschlagen hatte. Hinzu kommt, dass der zweite Wahlgang am 4. Juli erstmals in die Sommerferien fällt. Es besteht daher die Befürchtung, dass insbesondere viele potenzielle Komorowski-Anhänger es vorziehen, in den Urlaub zu reisen, anstatt den Weg zur Wahlurne anzutreten. Das Kaczyński-Lager gilt als wesentlich disziplinierter und motivierter beim Urnengang.

Vor dem Hintergrund der im Vergleich zu den Wahlen 2005 veränderten Rahmenbedingungen sprechen allerdings mehrere Gründe dafür, dass Komorowski den zweiten Wahlgang für sich entscheiden wird. Erstens dürfte das knappe Ergebnis der ersten Runde den zweiten Wahlgang wieder verstärkt zu einer Anti-Kaczyński-Wahl machen. Die krisengeschüttelte Regierungszeit der Kaczyński-Ära, die Polen innenpolitisch spaltete und außenpolitisch in die Isolation trieb, ist bei der Mehrheit der Polen noch nicht vergessen. Zweitens kommt es für die beiden politischen Kontrahenten nun darauf an, die Stimmen der anderen Kandidaten auf sich zu vereinigen, allen voran die Stimmen des SLD-Kandidaten Napieralski, der mit überraschend guten 13,7% als einer der vorzeitigen Gewinner des Präsidentschaftswahlkampfes schon

jetzt feststeht. Insbesondere bei jungen Wählern hat er sich erfolgreich als moderne Alternative zu den beiden konservativen Spitzenkandidaten präsentieren können. Auch wenn es durchaus eine programmatische Nähe zwischen der rechten PIS und der linken SLD hinsichtlich eines sozial verantwortlichen Wohlfahrtsstaates gibt, hat der aggressive antikommunistische Kurs der PIS in den letzten Jahren in der polnischen Politik tiefe Gräben aufgerissen, die es Kaczyński mehr als schwer machen sollten, einen nennenswerten Teil der SLD-Wähler auf seine Seite zu ziehen.⁵ Drittens lässt sich bei allem Respekt vor dem beeindruckenden Wahlergebnis für Jarosław Kaczyński kaum erkennen, woher die benötigten zusätzlichen Wählerstimmen für ihn kommen könnten. Er bewegt sich mit seinem guten Ergebnis in der ersten Runde am oberen Rand des für ihn und seine Partei Möglichen.

Von den übrigen sieben Kandidaten hat niemand mehr als 2,5% der Stimmen erhalten. Zusammen vereinigen sie 8,3% auf sich. Nur aus diesem Wählerreservoir kann Kaczyński unter Umständen auf zusätzliche Stimmen von ca. 5% rechnen.⁶

Schließlich hat Komorowski im ersten Durchgang immerhin einen Vorsprung von 5% gegenüber von Kaczyński erreicht und kann aufgrund des knappen Ausgangs der ersten Runde voraussichtlich mit einer hohen Mobilisierung seiner Anhängerschaft rechnen.

Unabhängig vom Ausgang der Stichwahl verdeckt der überraschend knappe Ausgang der ersten Wahlrunde einige Befunde, die schon jetzt für eine Stabilisierung der polnischen Demokratie sprechen.

1. Angesichts der schwierigen Umstände der Wahl und mit Blick auf die in Polen traditionell niedrige Neigung der Bürger zum Urnengang ist eine Wahlbeteiligung von knapp 55% ein überraschend hoher Wert. Im Vergleich dazu waren es bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 2005 nur 49,7% und bei den Parlamentswahlen 2005 waren es sogar nur 40,6%.
2. Es kam zu keinem Überraschungserfolg eines populistischen Außenseiters. Insbesondere das Ergebnis von Andrzej Lepper (1,3%), bis 2007 noch stellvertretender polnischer Pre-

mier, spricht für eine klare Abkehr der polnischen Wähler von radikalen populistischen Versuchungen.

3. Der Wahlkampf sticht im Vergleich zu den bisherigen Wahlkämpfen, die die junge polnische Republik durchlebt hat, durch einen ausgesprochen zivilisierten Umgang der politischen Konkurrenten miteinander heraus. Sicher hätte das Land ohne die tragischen Umstände einen anderen Wahlkampf erlebt, aber insbesondere hinter dem Strategiewechsel Kaczyńskis steht mehr als die Erfahrung persönlichen Leids. Vielmehr wächst die Einsicht bei allen Beteiligten, dass auch in Polen Wahlen mittlerweile nicht mehr an den Rändern, sondern in einer wachsenden gesellschaftlichen Mitte gewonnen werden.
4. Wer seinen Blick auf die Wahlergebnisse der letzten Jahre richtet und der Versuchung widersteht, sich nur an kurzatmigen Umfragewerten zu orientieren, erkennt eine erstaunliche Kontinuität in den Wählerpräferenzen der Bürger (vgl. Parlamentswahl 2007: PO 42%, PIS 35%, Linke 13,15%). Angesichts der jahrzehntelangen Volatilität der polnischen Wähler und der polnischen Parteienlandschaft spricht das für ein wachsendes politisches Stammwählerpotenzial und für eine erstaunliche Stabilisierung des polnischen Parteiensystems.
5. Zudem zeichnete sich im Laufe des Präsidentschaftswahlkampfes eine bis dato kaum vorstellbare Annäherung zwischen den Nach-Solidarność-Parteien PIS und PO einerseits und der aus der kommunistischen Partei hervorgegangenen linken SLD andererseits ab. Der 36-jährige SLD-Vorsitzende Napieralski wird aktuell als Königsmacher bei den Präsidentschaftswahlen von beiden Seiten umworben. Allerdings spricht einiges dafür, dass der Prozess der gegenseitigen Annäherung zwischen PO/PIS und SLD mit Blick auf die 2011 anstehende Parlamentswahl einen nachhaltigen Trend darstellt. Die PIS hat verstanden, dass der Weg zurück zur Macht nur möglich ist, wenn sie ihre Koalitionsfähigkeit ausbaut. Außerdem gibt es in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen PIS und SLD erstaunliche programmatische Überschneidungen. Die PO wird ihrerseits wegen der theoretischen Option einer Anti-PO-Koalition aus PIS und SLD vermeiden, die

SLD zu isolieren.⁷ Hinzu kommt das schwache Abschneiden des Koalitionspartners Pawlak von der Bauernpartei PSL, der mit nur 1,8% zu den eindeutigen Verlierern der Wahl zählt und auf Seiten der PO eine Suche nach neuen potenziellen Regierungspartnern für die Zukunft ratlos erscheinen lässt. Dass diese neuen Trends sich nicht widerspruchsfrei fortsetzen werden und für alle Beteiligten nicht ohne Risiko sind, versteht sich von selbst. Trotzdem beginnt mit der allmählichen Überwindung der strukturellen Trennlinie zwischen Kommunisten und Antikommunisten eine Grundkonstante der polnischen Demokratie seit 1989 langsam, aber sicher, ihre politische Brisanz zu verlieren. Es deutet sich somit eine Normalisierung des parteipolitischen Prozesses an, die als Zeichen für einen erfolgreichen politischen Transformationsprozess interpretiert werden kann.

Das Wahlergebnis macht aber auch deutlich, dass die politische Spaltung Polens in ein PO- und ein PIS-Lager weiter besteht. So konnte Komorowski vor allem in den Städten und im Westen des Landes reüssieren, der ganze Osten und der Süden Polens und die ländlichen Gebiete gingen mehrheitlich an Kaczyński. Interessanterweise entspricht das unterschiedliche Wahlverhalten weitgehend den historischen Grenzen zu Zeiten der polnischen Teilungen, wobei der ehemals preußische Teil für Komorowski stimmte und die ehemals russischen und habsburgischen Gebiete für Kaczyński.

Ausblick und Szenarien

Die politischen Leitlinien und das operative politische Geschäft werden auch in Polen in erster Linie vom Premierminister und seiner Regierung gestaltet. Der Präsident kann zwar jedes vom Parlament verabschiedete Gesetz mit einem Veto stoppen, wie es Lech Kaczyński in der Vergangenheit auch mehrfach getan hat. Im Sejm bedarf es in diesem Fall einer Mehrheit von 60%, um das präsidentielle Veto zu überstimmen. Auch in der Außenpolitik eröffnen eine verfassungsrechtlich nicht ganz eindeutige Kompetenzverteilung einem politisch ambitionierten Präsidenten gewisse Einflussmöglichkeiten. Aber grundsätzlich gilt, dass der polnische Präsident

die Politik allenfalls lähmen kann, wirklich eigenständig gestalten kann er nicht. Darüber hinaus hat sich im polnischen System eine paradoxe Logik herauskristallisiert, dass der Präsident umso schwächer erscheint, je offensiver er eine weite Auslegung seiner Kompetenzen beansprucht.⁸

Die verfassungsrechtlichen und politischen Begrenzungen des Amtes zusammen mit dem inhaltsarmen Wahlkampf und den beruhigenden strukturellen Trends in der polnischen Demokratie sollten allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass die beiden Kandidaten, die sich nun in der Stichwahl gegenüberstehen, über unterschiedliche Visionen für die Zukunft Polens verfügen.

Ein Sieg Komorowskis in der zweiten Runde wäre daher zunächst einmal von hohem symbolischen Wert. Nach innen würde es das endgültige Scheitern des Projekts der »IV. Republik« signalisieren. Zudem würde die Regierung Tusk in die Pflicht genommen, überfällige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Reformen anzugehen. Schließlich könnte sie sich nicht mehr hinter einem blockierenden Präsidenten verstecken. Vor allem betrifft das die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, die Reform des Gesundheitswesens, des Renten- und des Bildungssystems. Nach außen wäre es ein klares Signal, dass die europäischen Partner, allen voran Deutschland, in Polen einen kooperationswilligen und berechenbaren Partner haben, der nicht nur mit Blick auf die anstehende EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2011 einen konstruktiven Gestaltungsanspruch innerhalb der EU erhebt.

Ein Sieg Kaczyńskis würde nach innen die Fortsetzung der Kohabitation bedeuten. Eine einfache Rückkehr auf den alten radikalen Konfrontationskurs könnte sich Kaczyński wohl trotzdem nicht erlauben. Dagegen sprechen der Charakter und die Begrenzungen des Präsidentenamtes und die strukturellen Veränderungen der polnischen Gesellschaft, die eine wachsende Mitte ins Zentrum aller politischen Kalkulationen stellt. Zudem würde der Abschied Kaczyńskis vom Amt des Parteivorsitzenden die PIS auf eine ernste Bewährungsprobe stellen und die Siegeschancen der PO bei den Parlamentswahlen in 2011 weiter steigen lassen.⁹

Die Umsetzung der inneren Reformagenda der PO würde sich sicher komplizierter gestalten, allerdings käme es zu keinem grundlegenden Kurswechsel in der polnischen Politik. Gleiches gilt für die Außen- und Europa-Politik Polens, die weiterhin von der Tusk-Regierung bestimmt würde. Das innere Konfliktpotenzial zwischen Regierung und Präsident würde zwar die kooperative Gestaltungsfähigkeit Polens begrenzen und Polen ein Stück weit zu einem schwierigeren Partner machen, aber die Erfahrung aus der Zeit seit dem Regierungswechsel 2007 hat gezeigt, dass eine Kohabitation in Warschau kein Hindernis für eine konstruktive Rolle Polens in der EU und einem dynamischen Ausbau der bilateralen Beziehungen mit Deutschland sein müssen.

Stephen Bastos,
Programmmitarbeiter im Zentrum für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch Stiftung,
Forschungsinstitut, DGAP e.V., Berlin.

Anmerkungen

- 1 Im Februar 2010 bewegte sich die Zustimmung für Präsident Kaczyński bei gerade einmal 26%, 62% der Polen attestierten Kaczyński dagegen eine schlechte Präsidentschaft. Vgl. CBOS BS/39/2010, *Oceny instytucji publicznych*, Warschau 2010.
- 2 Vgl. Aleksander Smolar, *Kandydaci na ojca*, in: *Tygodnik Powszechny*, 25.5.2010.
- 3 Vgl. Smolar, a. a. O.
- 4 Vgl. Reinhold Vetter: *Wohin steuert Polen? Das schwierige Erbe der Kaczynskis*, Berlin 2008.
- 5 Vgl. Jacek Żakowski, *Wybór lewicy. Kaczyński? Komorowski? Grill?*, in: *Gazeta Wyborcza*, 28.6.2010.
- 6 Weitere Kandidaten: Janusz Korwin-Mikke, nationalistischer und marktliberaler Polit-Clown (2,5%); Waldemar Pawlak, Wirtschaftsminister und stv. Regierungschef, Vorsitzender der Bauernpartei PSL (1,8%); Andrzej Olechowski, unabhängiger Kandidat, ehemaliger Außenminister (1,4%); Andrzej Lepper, ehemaliger Landwirtschaftsminister und Vizepremier (1,3%); Marek Jurek, ehemaliger Sejmarschall, christlich-konservativ (1%); und die beiden Gewerkschaftsführer Bogusław Zietek (0,2%) und Kornel Morawiecki (0,1%).
- 7 Ministerpräsident Tusk hat öffentlich bestätigt, dass er eine Koalition PO-SLD nach den Parlamentswahlen 2011 nicht ausschließen will. Vgl. Premier: *Koalicja z SLD? Zobaczmy po wyborach parlamentarnych*, in: *Gazeta Wyborcza*, 27.6.2010.
- 8 Vgl. Klaus Ziemer: *Die politische Ordnung*, in: Dieter Bingen / Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): *Länderbericht Polen*, Frankfurt am Main, 2009, S. 147–191.
- 9 Manche polnische Kommentatoren weisen daher darauf hin, dass sich ein Triumph Kaczyńskis bei den Präsidentschaftswahlen als Pyrrhussieg erweisen könnte, da sie eine Niederlage der PIS bei den Parlamentswahlen 2011 wahrscheinlicher machen würde. Für Kaczyński wäre daher vielmehr eine möglichst knappe Niederlage in den Präsidentschaftswahlen ein ideales Ergebnis. Vgl. Piotr Gursztyn: *Kaczyńskiemu nie opłaca się zwyciężyć*, in: *Rzeczpospolita*, 24.6.2010.

